


## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 06.12.2021

---

<b>Sitzungsort:</b>	Thüringenhalle, Werner-Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:05 Uhr
<b>Ende:</b>	18:17 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiterin: Schriftführer/in:</b>	Frau Rothe-Beinlich 

### Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 22.09.2021	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Bearbeitungszeit Sozialamt Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Morgenroth Hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit	1 173/21

- 6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 22.09.2021 zum TOP 5.3 - Drucksache 1361/21 - Zahngesundheit - hier: Nachfragen  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit **1671/21**
- 7. Informationen
- 7.1. Bericht des Jobcenters Erfurt - Zeitraum 09/2020 bis 09/2021 **2100/21**  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit  
hinzugezogen:  
Vertreter des Jobcenters Erfurt
- 7.2. Mündliche Informationen
- 7.3. Sonstige Informationen

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Zu Beginn der Sitzung waren acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Frau Rothe-Beinlich stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zudem verwies sie auf die neuen Hygienemaßnahmen, nach welchen die Mund- und Nasenbedeckung grundsätzlich getragen werden muss, auch am Platz. Weiterhin wurde erklärt, dass spätestens nach 60 Minuten eine Unterbrechung der Sitzung erfolgen muss, um eine Lüftungspause des Saales vorzunehmen. Des Weiteren bat die Ausschussvorsitzende im Sinne der Infektionsschutzmaßnahmen die Dauer der Sitzung auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte über folgende Änderungen zur Tagesordnung:

TOP 5.1 – Drucksache 1173/21

Bearbeitungszeit Sozialamt

Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt, Frau Morgenroth

➔ vertagt durch Einreicher

TOP 7 – Informationen

Einleitend zum Tagesordnungspunkt 7 – Informationen - werden die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit sowie die Leiterin des Gesundheitsamtes über die aktuelle Lage der Stadt Erfurt, im Zusammenhang mit dem Infektionsgeschehen des Corona Virus informieren.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Die Ausschussvorsitzende ließ über die Tagesordnung mit den oben genannten Änderungen abstimmen.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

3. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 22.09.2021**

Es lagen keine schriftlichen Änderungs- oder Ergänzungswünsche vor.

**genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

4. **Dringliche Angelegenheiten**

Es lagen keine Anträge zu dringlichen Angelegenheiten vor.

5. **Behandlung von Anfragen**

- 5.1. **Bearbeitungszeit Sozialamt** 1 173/21  
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Morgenroth  
Hinzugezogen:  
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Siehe TOP 2 - Änderungen zur Tagesordnung.

Vertagt durch Einreicher.

**vertagt**

6. **Festlegungen des Ausschusses**

- 6.1. **Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 22.09.2021 zum TOP 5.3 - Drucksache 1361/21 - Zahngesundheit - hier: Nachfragen** 1 671/21  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zur Kenntnis genommen**

## 7. Informationen

- 7.1. Bericht des Jobcenters Erfurt - Zeitraum 09/2020 bis 09/2021 2100/21  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit  
hinzugezogen:  
Vertreter des Jobcenters Erfurt

Der Tagesordnungspunkt wurde nach den Informationen zur Corona-Lage in der Landeshauptstadt aufgerufen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte die zum Tagesordnungspunkt geladenen Vertreter des Jobcenters. Sie beantragte das Rederecht für den Geschäftsführer des Jobcenters sowie dessen Stellvertreter.

Der Antrag auf Rederecht wurde ohne Widerspruch bestätigt.

Nach einleitenden Worten zum Aufbau sowie zur Leistungs- und Mitarbeiterstruktur des Jobcenters, erläuterte der Geschäftsführer vertiefend den in der Drucksache als Anlage 1 anhängigen Bericht. Dabei ging er insbesondere auf die Grafik der letzten Seite ein. Schwerpunkte seiner Erläuterungen waren dabei die Halbierung der Leistungsbezieher der Grundsicherung, Arbeitsmarktnähe der rund 11.000 Leistungsbezieher sowie die auf der Vorletzten Seite des Berichts dargestellten Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Anschließend erkundigte sich die Ausschussvorsitzende nach Wortmeldungen der Ausschussmitglieder zur Vorlage.

Auf Rückfrage von Herrn Fuchs, Fraktion DIE LINKE, erfolgte durch den Geschäftsführer des Jobcenters eine konkrete Aufschlüsselung der verschiedenen Lebenssituationen, welche einer ursächlich (temporären) Arbeitsmarktferte zu Grunde liegen. Folgende wurden genannt:

- Erziehende ohne Betreuung, mangelnde (Schul-) abschlüsse, Pflegefälle in der Familie
- geringer Arbeitsstundenumfang oder zu geringes Einkommen für die eigene Familiengröße
- ohne Schulabschluss
- in betrieblicher oder schulischer Ausbildung befindliche Leistungsempfänger
- Leistungsempfänger mit akademischer Ausbildung ohne anschließende Arbeitsmarkterfahrung
- Alleinerziehende

Bezugnehmend auf die im Bericht aufgeführte Differenz zwischen Anträgen auf Leistungsbezug und positiv beschiedener Anträge erkundigte sich Frau Dr. Glaß, Fraktion DIE LINKE, nach den überwiegenden Ablehnungsgründen.

Der Geschäftsführer des Jobcenter betonte, dass Ablehnungsgründe, je nach Fallbezug variieren. Beispielhaft nannte er Umzüge in ein anderes Leistungsgebiet, Vermögen des Antragstellers, Betrachtung des gesamten Familieneinkommens und die Beachtung vorrangiger Leistungen.

Weiter nahm der Geschäftsführer des Jobcenters zur Frage von Herrn Mroß, Fraktion SPD, zur Arbeitsstruktur des Jobcenters Stellung. In diesem Zusammenhang betonte er den Bedarf einer höheren Gewichtung des Fallmanagements sowie die Auswirkung der Corona Pandemie bei der Betreuung der Leistungsempfänger.

Herr Mroß erkundigte sich weiter nach Bedarfen des Jobcenters in Bezug auf die aktuelle Haushaltsgestaltung der Landeshauptstadt.

Bezugnehmend erläuterte der Geschäftsführer des Jobcenters hier die vorwiegende Leistungsfinanzierung durch Bundesmittel.

Nach Beantwortung aller Fragen bedankte sich die Ausschussvorsitzende bei den Vertretern des Jobcenters für die Vorlage sowie die Beantwortung aller Fragen.

## **zur Kenntnis genommen**

### **7.2. Mündliche Informationen**

Es lagen keine mündlichen Informationen vor.

### **7.3. Sonstige Informationen**

Siehe TOP 2 - Änderungen zur Tagesordnung.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes 7 informierten die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit sowie die Leiterin des Gesundheitsamtes über die aktuelle Lage der Stadt Erfurt, im Zusammenhang mit dem Corona-Virus.

Einleitend ging die Beigeordnete auf das aktuelle Infektionsgeschehen sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Maßnahmen ein.

Demnach werden in der Landeshauptstadt aktuell durchschnittlich 350 Neuinfektionen täglich registriert. Dabei handelt es sich insbesondere um Ausbrüche in Gemeinschaftseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Seniorenwohnanlagen und Pflegeheimen.

In der vergangenen Woche wurde das Angebot von Drittanbietern zum Bürgertest erweitert und die Testzeiten entsprechend des neuen Bedarfs angepasst. Demnach bieten einige Anbieter auch Testungen in den Abendstunden oder am Wochenende an.

Somit stehen Kapazitäten für 25.000 Testungen pro Tag zur Verfügung. Die Inanspruchnahme des Testangebotes variiert.

Weiter wurden folgende Maßnahmen genannt:

- In Vorbereitung ist die Einrichtung einer zentralen Beschaffung und Verteilung zur Ausstattung der Kindertageseinrichtungen.
- Auf Grund der stetig steigenden Hospitalisierungsrate wurden sowohl im Katholischen Krankenhaus, als auch im Helios Klinikum zusätzliche Stationen zur Behandlung von COVID-19 Patienten eingerichtet.
- Über die Weihnachtsfeiertage wird das Angebot des Bereitschaftsdienstes ausgebaut.
- Anpassung der Corona-Hotline an die erhöhte Anrufrequenz

Im Anschluss erkundigte sich die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Rückfragen der Ausschussmitglieder zur aktuellen Lage.

Frau Hantke, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erkundigte sich konkret über die täglich durchgeführte Testung und informierte über ihre Erfahrung mit Testzentren und ging zusätzlich auf ein Erlebnis in ihrer Hausarztpraxis ein. Dabei kritisierten sie insbesondere die fehlende Separierung von infektiösen und nicht infektiösen Personen und das damit verbundene Risiko der Ansteckung. Weiter betonte sie die Bemühungen der Praxen im Umgang mit der Situation, verwies aber auch auf die damit verbundene Überlastungssituation. In diesem Zusammenhang erkundigte sich Frau Hantke nach separierten PCR-Teststationen und Möglichkeiten zur Verringerung des Ansteckungsrisikos und zur Entlastung der Arztpraxen.

Mit Blick auf eine Verringerung des Ansteckungsrisikos bei Teststationen schilderte Herr Pfistner, Fraktion CDU, seine Erfahrungen mit Testzentren und sprach sich ebenfalls für eine Verbesserung des Testablaufes zur Verringerung des Ansteckungsrisikos aus.

In diesem Zusammenhang ging die Leiterin des Amtes für Gesundheit intensiv auf das aktuelle Testverfahren, Zuständigkeiten bei der Organisation und die akute Überlastung der Testeinrichtungen, Arztpraxen, Labore sowie bei den Rettungsdiensten ein, jedoch nicht ohne auf "schlummernde Ressourcen" und geplante Maßnahmen zur Entlastung zu verweisen.

Beispielhaft nannte sie in diesem Zusammenhang die fehlende Beteiligung einzelner Arztpraxen am Test- und Impfverfahren sowie die Nichtnutzung neuer bestehender Testressourcen. Ursächlich für Letzteres sind insbesondere Probleme bei der Leistungsabrechnung.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes informierte weiter über die PCR-Teststelle am Leipziger Platz sowie die getrennte PCR-Testung vom restlichen Testgeschehen im Haus der Sozialen Dienste, zur Minimierung des Ansteckungsrisikos. Weiter erinnerte sie an die einzelnen Konzepte der Arztpraxen zur Ansteckungsminimierung. Gleichzeitig gab sie zu bedenken, dass symptomatische Patienten in den jeweiligen Arztpraxen behandelt werden sollten.

Denn nicht nur die Testung stehe hier im Vordergrund, sondern auch therapeutische Maßnahmen sind hier von Wichtigkeit. Eine generelle Separierung von symptomatischen Patienten an eine zentrale PCR-Teststelle sei daher nicht möglich.

Nach Rückfrage von Frau Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nach der Anzahl und den Gründen der Arztpraxen, die sich weder am Test- noch am Impfverfahren beteiligen, erläuterte die Leiterin des Gesundheitsamtes, dass es nicht im Aufgabenbereich des Gesundheitsamtes liege diesen Arztpraxen Weisungen zu erteilen. Man informiere jedoch in konkreten Fällen die zuständigen Stellen. Diese gehen mit den betreffenden Arztpraxen und Ärztekammern ins Gespräch. Man erhoffe sich so, weitere Test- und Impffressourcen zu schaffen.

Ein weiteres Problem, so die Leiterin des Gesundheitsamtes, stellen derzeit Hausbesuche bei immobilen Patienten dar. Aufgrund der hohen Auslastung der Arztpraxen seien diese kaum noch möglich. Um die Versorgung der immobilen Patienten zu gewährleisten und die Arztpraxen zu entlasten, soll ein Infektionsauto für Hausbesuche eingerichtet werden

Nach Schilderungen von Herrn Kemnitz, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, zu seinen unzufrieden stellenden Erfahrungen im Rahmen der Beratung durch die Mitarbeiter der Corona-Hotline sowie nach Rückfragen von Herrn Mroß, Fraktion SPD, und Herrn Pfistner, Fraktion CDU; ging die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit vertiefend auf die Maßnahmen in diesem Zusammenhang ein.

Zur Bewältigung der hohen Anrufrfrequenz an der Corona-Hotline sowie der Telefonzentrale, wurden durch die Stadtverwaltung Erfurt 26 neue Mitarbeiter befristet eingestellt. Diese werden in den kommenden Tagen und Wochen ihre Arbeit aufnehmen. Weiterwerden private Betreiber unterstützend eingesetzt.

Auf Rückfrage von Herrn Mroß zur Hinzuziehung der Bundeswehr zur Bewältigung des hohen Arbeitsaufkommens an Hotline, Test- und Impfbüros erläuterte die Beigeordnete, dass Soldaten mit Sanitärer Ausbildung nicht zur Verfügung stünden, da diese insbesondere zur Unterstützung nach der Flutkatastrophe im Ahrtal benötigt werden.

Herrn Pfistner, Fraktion CDU, betonte im späteren Sitzungsverlauf, dass der Einsatz weiterer Mitarbeiter an der Hotline zwar zu begrüßen ist, eine entsprechende Einarbeitungszeit jedoch berücksichtigt werden sollte. Weiter regte er an, die Beantwortung sich häufig wiederholender Fragen an der Hotline online auf der Internetseite der Landeshauptstadt zur Verfügung zu stellen.

Die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit betonte in diesem Zusammenhang die weitere Fokussierung auf die Umgestaltung und Erweiterung der Internetseite der Landeshauptstadt sowie die Behebung technischer Probleme bei hoher Auslastung der Hotline.

Bezugnehmend auf die laufende Impfkampagne in Verbindung mit langen Warteschlangen bei Impfaktionen in der Vergangenheit erkundigte sich die Ausschussvorsitzende Frau



Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nach Plänen zur Intensivierung des Impfangebotes und Verbesserung der Impfsituation.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes informierte, dass in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen (KVT) sowie dem zuständigen Ministerium die Öffnung weiterer Impfstellen organisiert wurde und diese bereits zusätzliche Impftermine freigeschaltet haben. Weiter laufen über die KVT organisierte Impfkationen. Auch zukünftige Aktionen können über die Kassenärztliche Vereinigung geplant werden. Im Aufgabenbereich des Gesundheitsamtes liegt hier insbesondere die Information der Bürger über geplante Impfkationen durch Übersicht auf den entsprechenden Internetseiten sowie durch Pressemitteilungen.

Vertiefend erkundigte sich Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, zur einleitend genannten Problematik zum Abbot Testverfahren, ergänzend zum herkömmlichen Testverfahren, insbesondere mit Blick auf die nur 15-minütige Wartezeit bis zum Testergebnis.

Hierzu nahm die Leiterin des Gesundheitsamtes Stellung. Mit Blick auf die derzeit langen Wartezeiten bis zum Testergebnis eines PCR Tests sei das Abbot Testverfahren eine sinnvolle Testergänzung zum bestehenden PCR -Testverfahren, insbesondere bei der gleichzeitigen Testung größer Personengruppen z.B. Schulklassen. Probleme ergaben sich in der Vergangenheit jedoch bei der Leistungsabrechnung. Eine Leistungsabrechnung kann ausschließlich bei Testung in medizinischen Einrichtungen erfolgen. Testgeräte seien beispielsweise beim DRK vorhanden, blieben aus diesem Grund jedoch ungenutzt.

Frau Vogel, Fraktion CDU, informierte über ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit der Seite reiseanmeldungen.de und lobte den unkomplizierten Ablauf.

Abschließend bedankte sich die Ausschussvorsitzende bei den Vertretern der Verwaltung für den positiven Austausch und bat um Berücksichtigung der im Beratungsverlauf genannten Hinweise und Anregungen.

Im Anschluss wurde der Tagesordnungspunkt 7.1 aufgerufen.

Folgende weitere sonstige Informationen wurden nach Kenntnisnahme des Tagesordnungspunktes 7.1 weitergegeben.

Die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit informierte die Anwesenden über eine am Folgetag veröffentlichte Pressemitteilung. Diese beinhaltet die Unterbringung von geflüchteten Personen im Haus der Abgeordneten in der Friedrich-Ebert-Straße.

Auf Rückfrage von Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, informierte die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, dass die Anzahl der aufzunehmenden geflüchteten Personen derzeit auf 30 Personen pro Woche angestiegen sei.

Im Anschluss zum Tagesordnungspunkt 7.2 erfolgte eine 10-minütige Lüftungspause der Thüringenhalle. Die Sitzung wurde nach dieser Pause fortgesetzt.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beendete die öffentliche Sitzung des Ausschusses.

Rothe-Beinlich  
Vorsitzende

  
Schriftführer/in